

EINSTELLUNG DER BEVÖLKERUNG ZU STAATLICHEM EINFLUSS AUF DIE WIRTSCHAFT IN ÖSTERREICH

Quantitative Eigenstudie

Jänner 2018



METHODE

- Computer Assisted Web Interview (CAWI)
-

GRUNDGESAMTHEIT

- Webaktive österreichische Bevölkerung 16+ Jahre
-

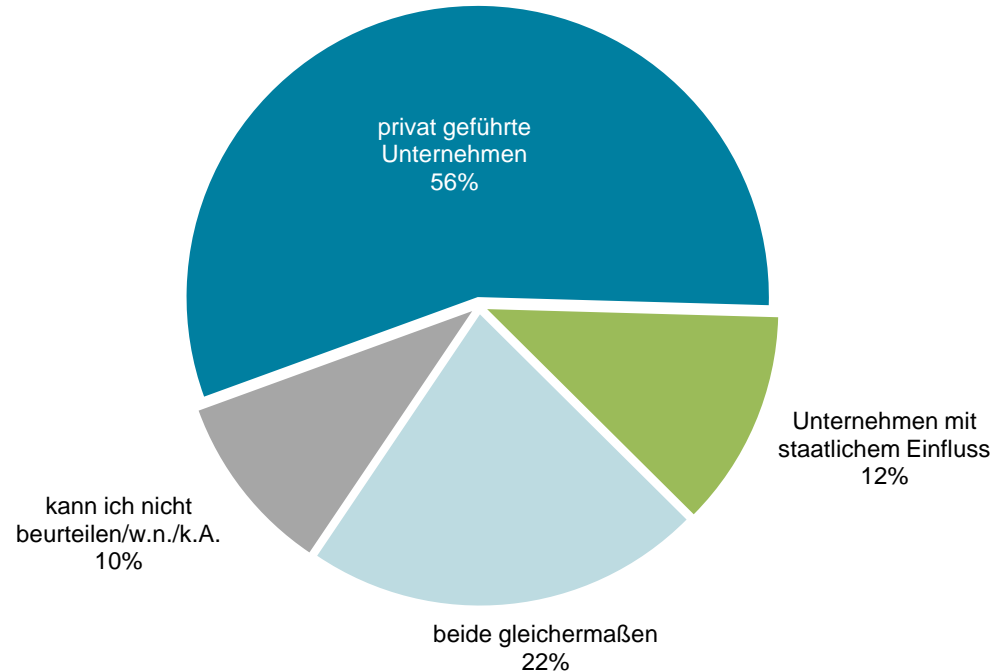
STICHPROBE

- Repräsentativ für die österreichische Bevölkerung 16+ Jahre
-

UNTERSUCHUNGSZEITRAUM

- Dezember 2018

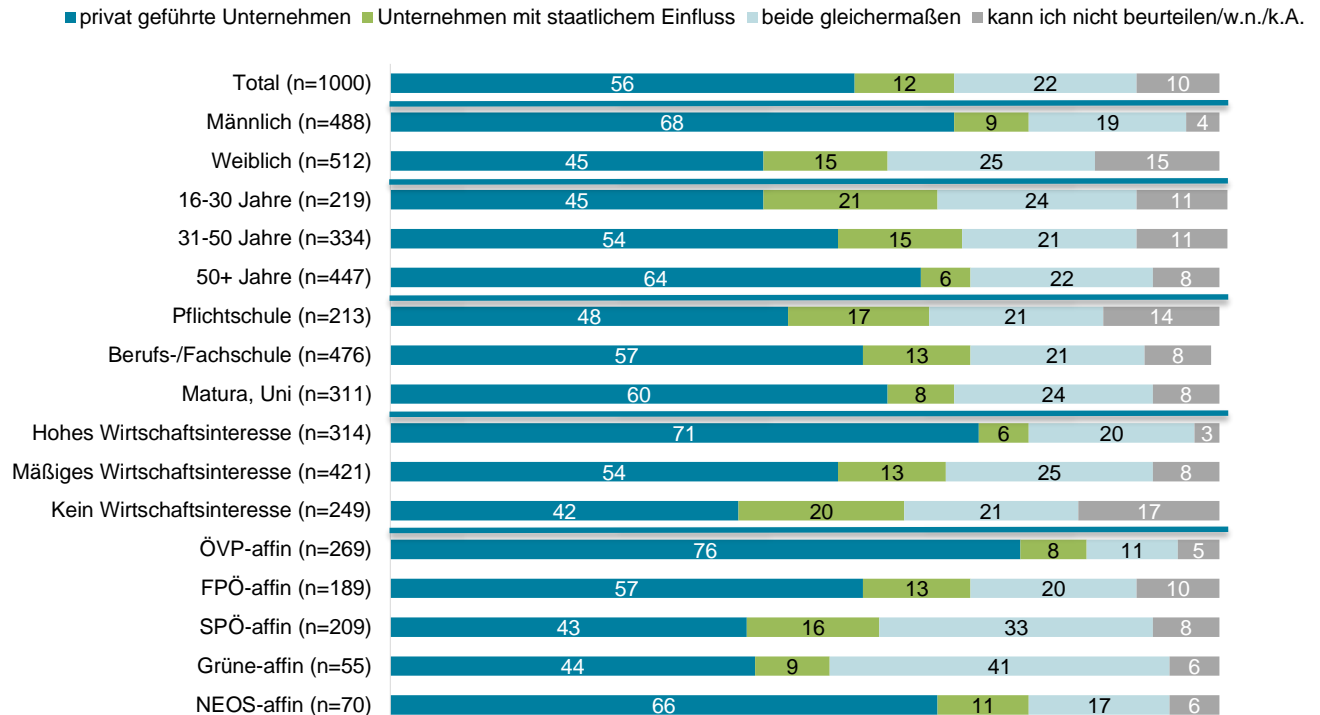
- Sehr klar ist das Votum in der Bevölkerung zugunsten privat geführter Unternehmen; diese hält man zu 56% für erfolgreicher als jene mit staatlichem Einfluss.
- Der gegenteiligen Ansicht sind nur 12%, während 22% beide Unternehmenstypen für gleichermaßen erfolgreich halten.



%-Werte, Basis: Total, n=1000

1. Wenn Sie an Unternehmen in Österreich denken: Welche Unternehmen betrachten Sie als erfolgreicher: Privat geführte Unternehmen oder solche mit staatlichem Einfluss?

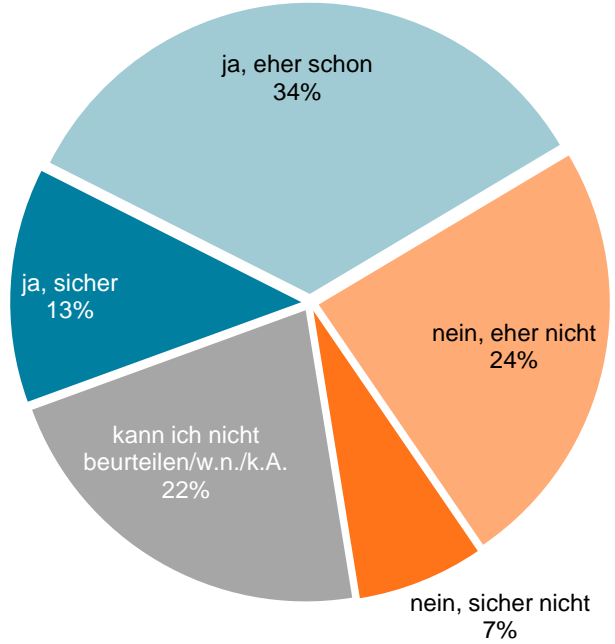
- Männer sind deutlich mehr von privaten Betrieben überzeugt als Frauen.
- Mit zunehmendem Alter steigt das Vertrauen in die private Wirtschaft, auch bei höherer Bildung zeigt sich dieses stärkere Vertrauen.
- Besonders von Privaten überzeugt sind ÖVP-Affine und Personen mit hohem Interesse für Wirtschaftsthemen.



%-Werte, Basis: Total, n=1000

1. Wenn Sie an Unternehmen in Österreich denken: Welche Unternehmen betrachten Sie als erfolgreicher: Privat geführte Unternehmen oder solche mit staatlichem Einfluss?

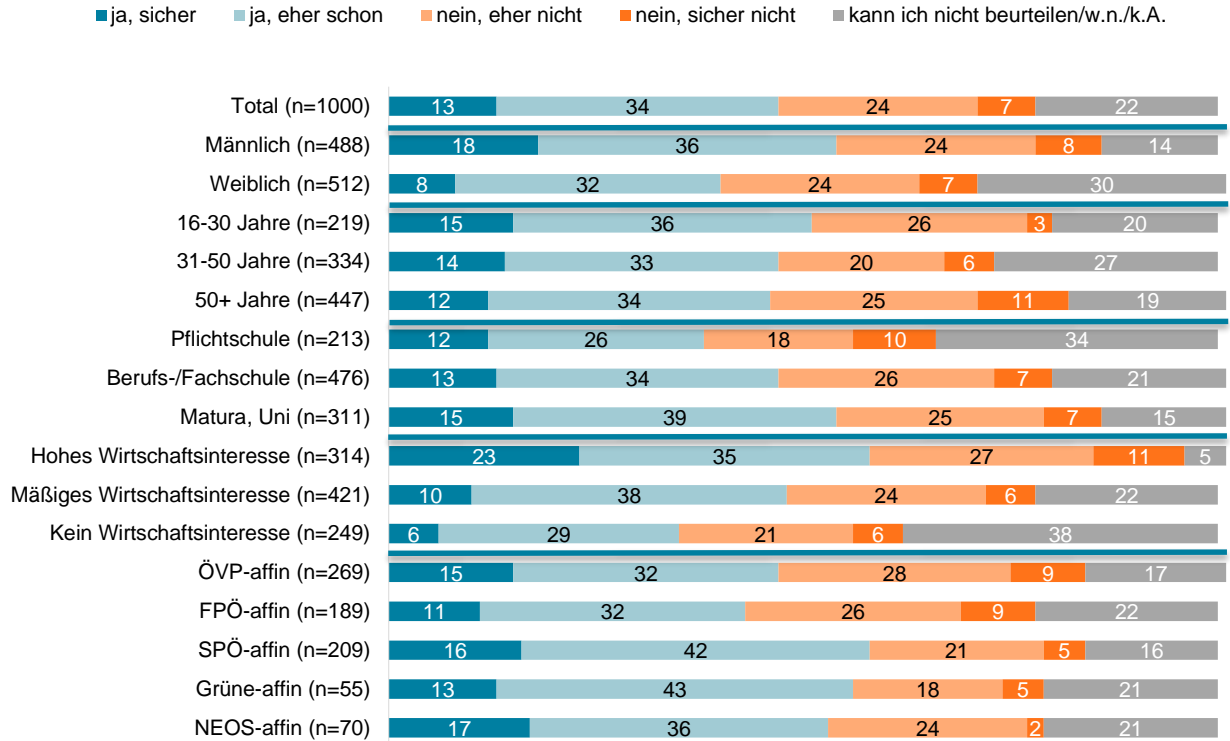
- Für eine Beteiligung des Staates in Form der ÖBAG an erfolgreichen Firmen sprechen sich jedoch immerhin 47% aus, 31% sind dagegen; weitere 22% trauen sich hier kein Urteil zu.



%-Werte, Basis: Total, n=1000

2. Die bestehenden Staatsbeteiligungen an Unternehmen sollen künftig in einer neu zu gründenden Gesellschaft, der sogenannten ÖBAG (vormals ÖBIB/ÖIAG) verwaltet werden. Soll diese staatliche Gesellschaft sich an weiteren erfolgreichen Unternehmen beteiligen?

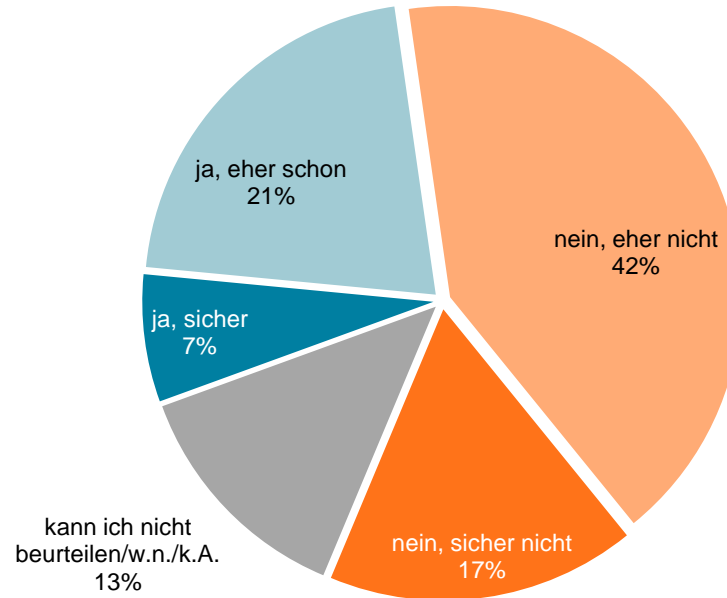
- Männer sind deutlich eher für eine solche Beteiligung als Frauen, ebenso höher Gebildete stärker als niedriger Gebildete.
- Bei Personen mit hohem Interesse für Wirtschaftsthemen zeigt sich ebenfalls ein hoher Anteil an Befürwortung.
- Nach Partei-Affinität zeigt sich bei SPÖ und Grünen eine höhere Zustimmung.



%-Werte, Basis: Total, n=1000

2. Die bestehenden Staatsbeteiligungen an Unternehmen sollen künftig in einer neu zu gründenden Gesellschaft, der sogenannten ÖBAG (vormals ÖBIB/ÖIAG) verwaltet werden. Soll diese staatliche Gesellschaft sich an weiteren erfolgreichen Unternehmen beteiligen?

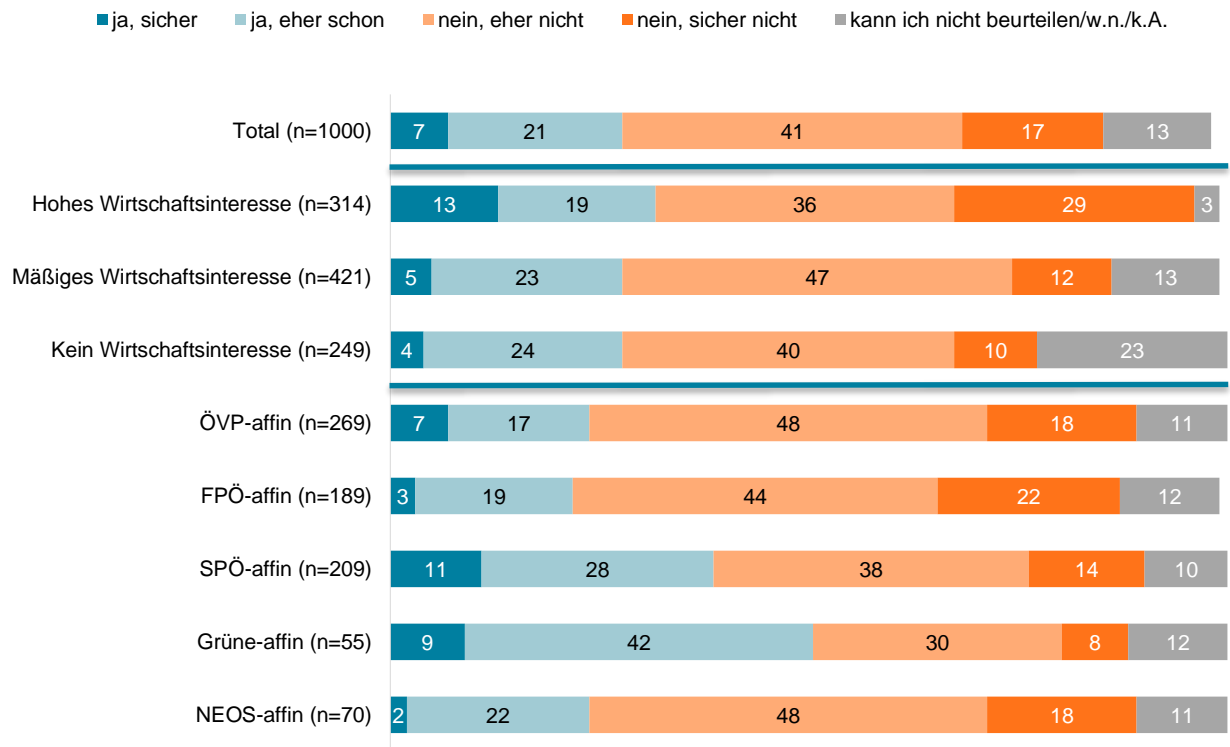
- Eine klare Absage erteilt man einer unterstellten Absicht des Staates, erfolgreiche Industrieunternehmen selbst führen zu wollen.
- Drei Fünftel der Befragten sprechen sich dagegen aus, nur 28% dafür; 13% können dies nicht beurteilen.



%-Werte, Basis: Total, n=1000

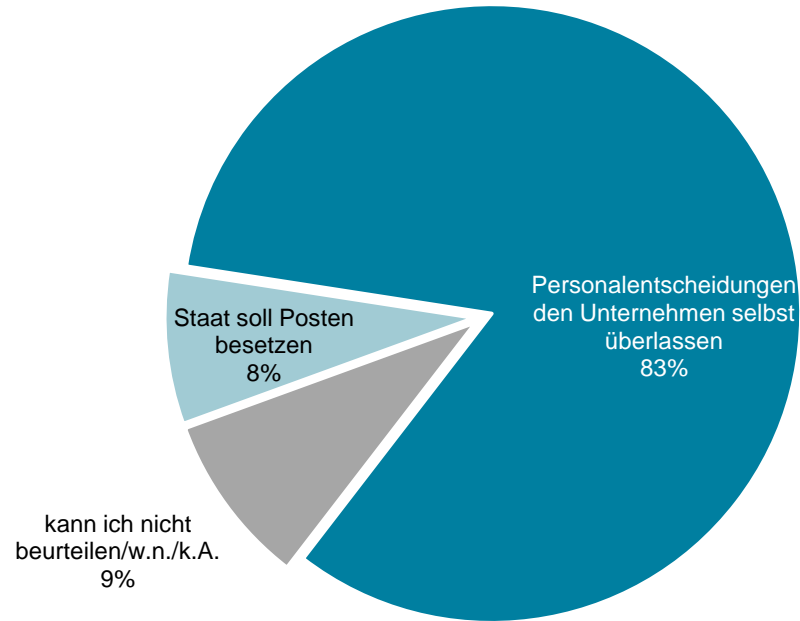
3. Soll der Staat erfolgreiche Industrieunternehmen selber führen?

- Am ehesten können sich SPÖ- und Grün-Affine für diesen Gedanken erwärmen, letztere sind als einzige Gruppe mehrheitlich dafür



%-Werte, Basis: Total, n=1000
3. Soll der Staat erfolgreiche Industrieunternehmen selber führen?

- Sehr deutlich ist man gegen eine Postenbesetzung in erfolgreichen Industrieunternehmen durch den Staat: 83% sind der Ansicht, dass man Personalentscheidungen den Unternehmen selbst überlassen sollte, nur 8% sind für eine diesbezügliche staatliche Intervention.

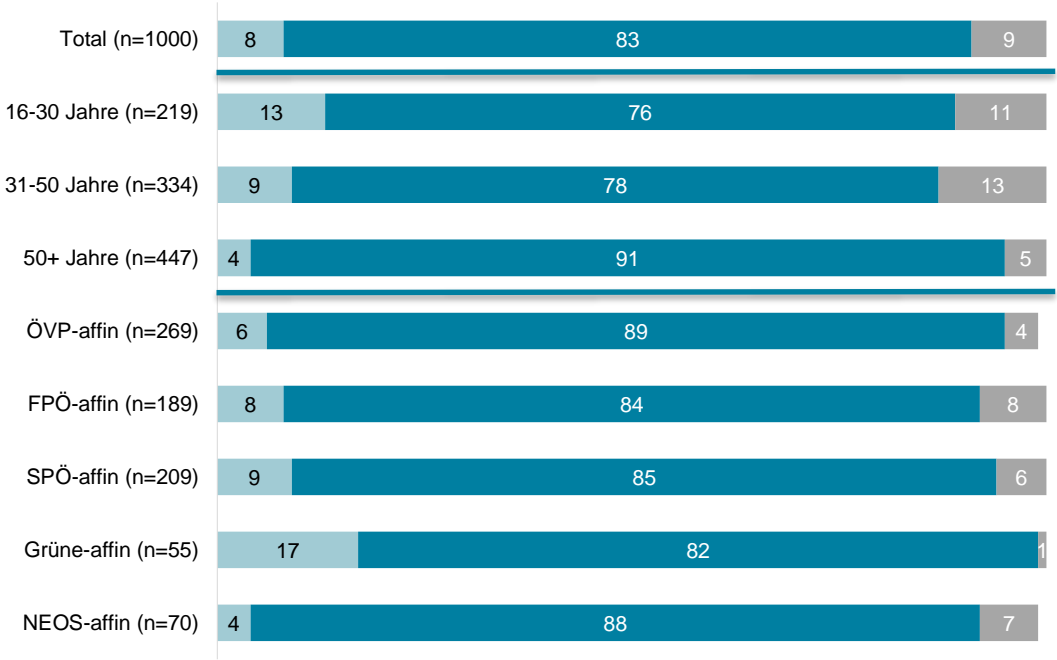


%-Werte, Basis: Total, n=1000

4. Soll der Staat Posten in erfolgreichen Industrieunternehmen besetzen oder die Personalentscheidungen den Unternehmen selbst überlassen?

- Lediglich Grün-Affine weisen einen etwas höheren Anteil Zustimmung zu Postenbesetzung durch den Staat auf, aber auch diese Gruppe ist mehrheitlich klar dagegen.

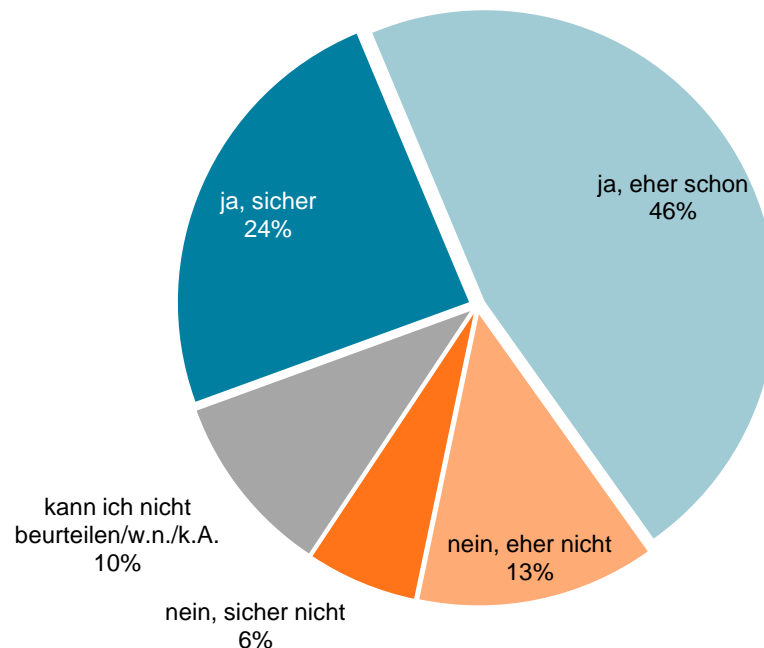
■ Staat soll Posten besetzen ■ Personalentscheidungen den Unternehmen selbst überlassen ■ kann ich nicht beurteilen/w.n./k.A.



%-Werte, Basis: Total, n=1000

4. Soll der Staat Posten in erfolgreichen Industrieunternehmen besetzen oder die Personalentscheidungen den Unternehmen selbst überlassen??

- Eine hohe Bereitschaft besteht in der Bevölkerung für eine Vergabe von günstigen Krediten an wichtige Unternehmen: 70% sprechen sich dafür aus, nur 19% sind dagegen; jede/r Zehnte traut sich kein Urteil zu.

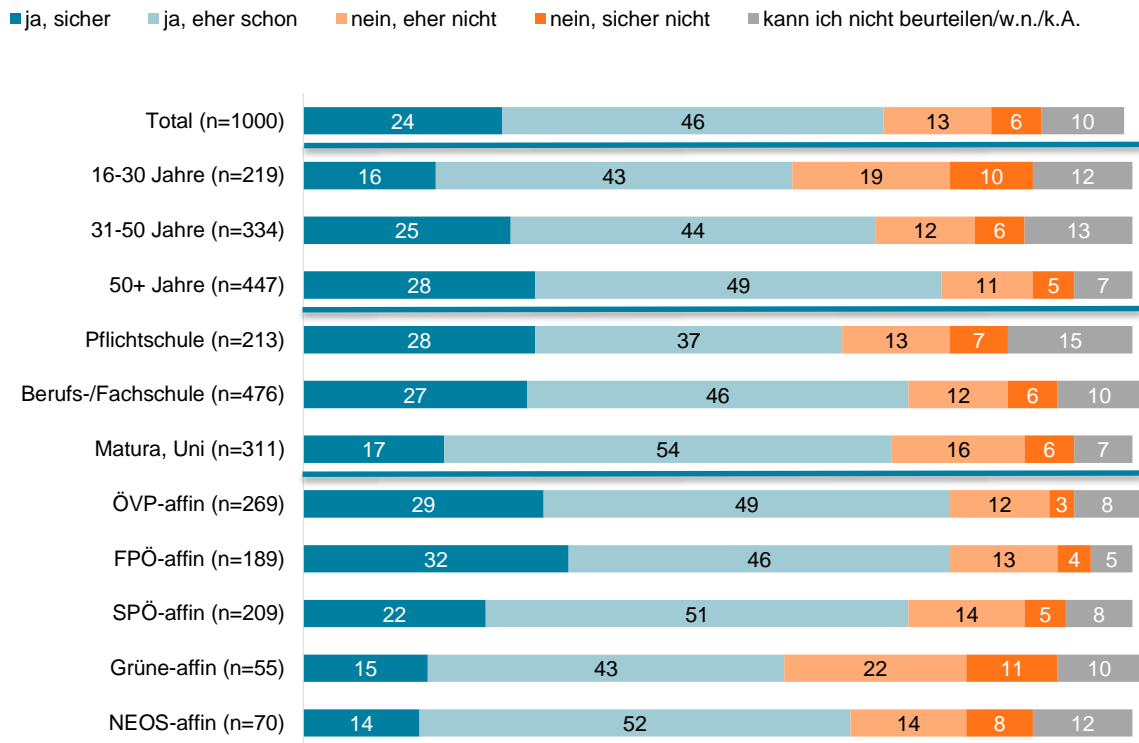


%-Werte, Basis: Total, n=1000

5.1. Wie soll der Staat wichtigen Unternehmen in Österreich helfen, Arbeitsplätze im Land zu halten: Soll der Staat wichtigen Unternehmen günstige Kredite garantieren?

GÜNSTIGE KREDITE FÜR WICHTIGE UNTERNEHMEN?

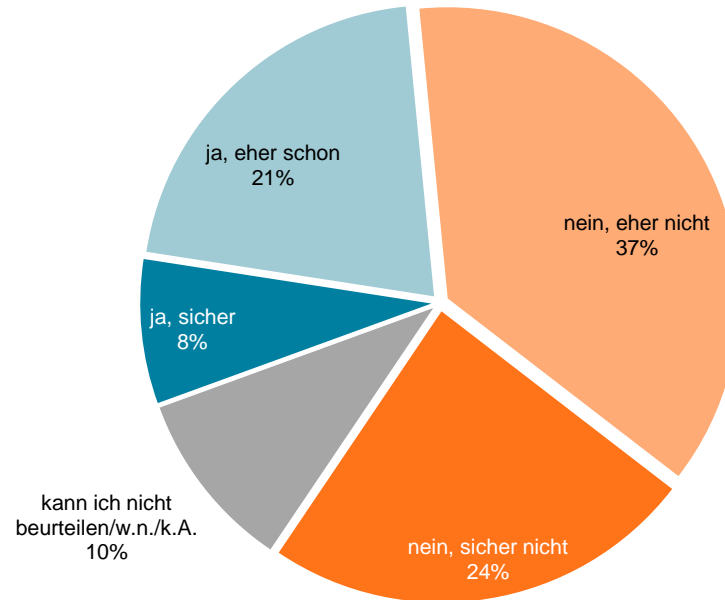
- Je älter die Befragten, desto stärker fällt die Zustimmung für eine Vergabe günstiger Kredite aus.
- Höhere Zustimmung nach Partei-Affinität zeigen sich bei ÖVP- und FPÖ-Anhängern.



%-Werte, Basis: Total, n=1000

5.1. Wie soll der Staat wichtigen Unternehmen in Österreich helfen, Arbeitsplätze im Land zu halten: Soll der Staat wichtigen Unternehmen günstige Kredite garantieren?

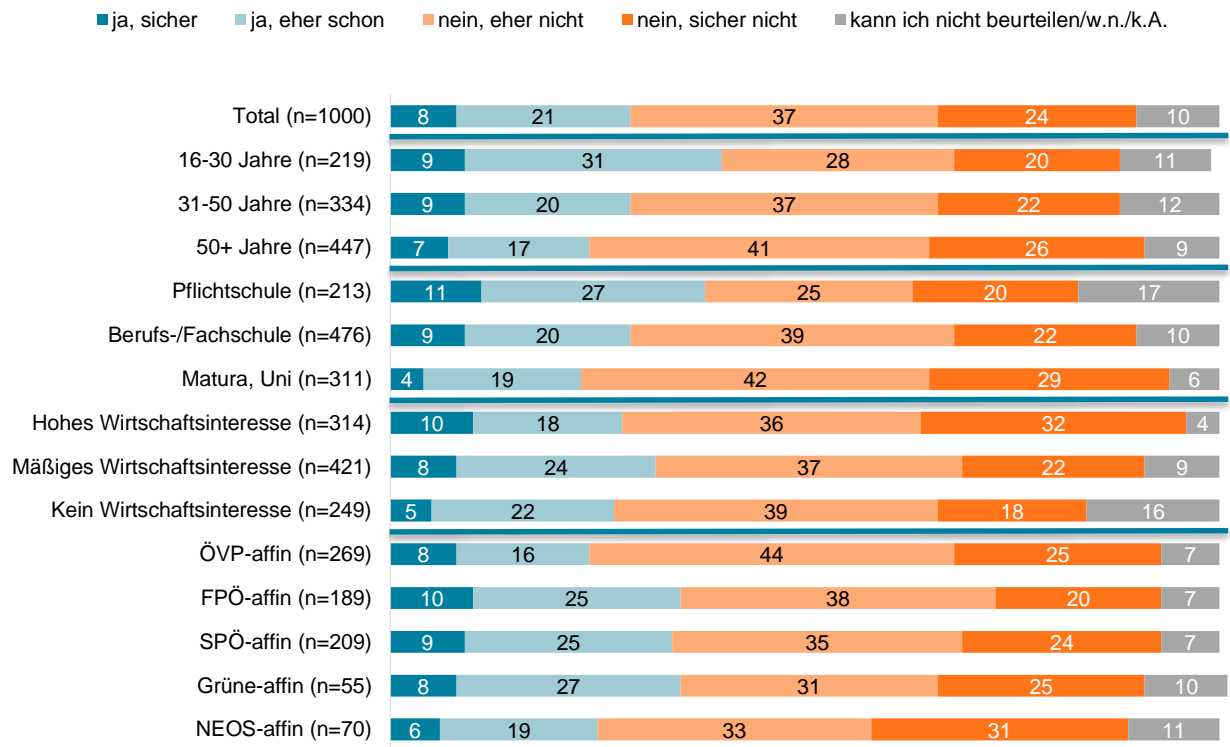
- Anders fällt das Votum aus, wenn es darum geht, dass der Staat diesen Unternehmen Kapital zur Verfügung stellt und dafür Mitspracherechte und Posten erhält.
- Dies wird von 61% abgelehnt und nur von 29% befürwortet.



%-Werte, Basis: Total, n=1000

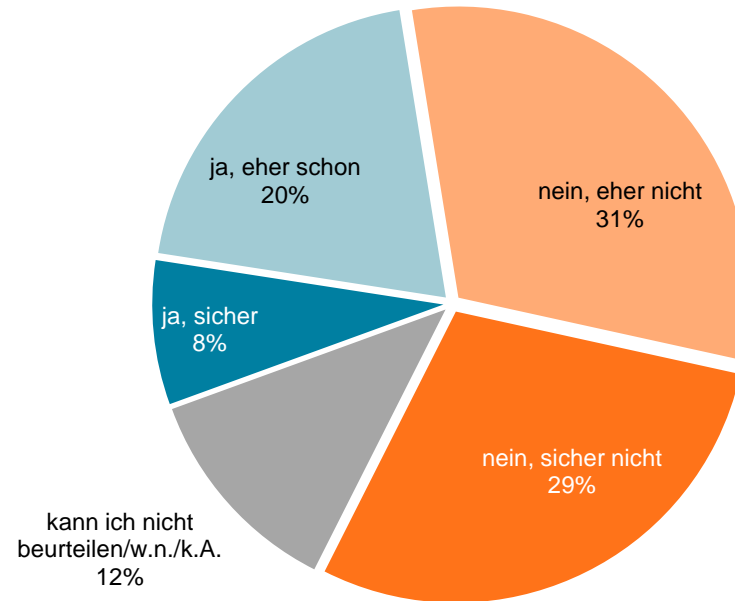
5.2. Wie soll der Staat wichtigen Unternehmen in Österreich helfen, Arbeitsplätze im Land zu halten: Soll der Staat wichtigen Unternehmen Kapital zur Verfügung stellen und dafür Mitsprache und Posten bekommen?

- Interessanterweise fällt die Zustimmung umso höher aus, je jünger die Befragten sind (doch auch bei den Jüngsten besteht überwiegend Ablehnung).
- Je höher die Bildung, desto stärker die Ablehnen.
- ÖVP- und NEOS-Affine lehnen dies stärker ab als Anhänger von SPÖ, FPÖ und Grünen.



%-Werte, Basis: Total, n=1000

- Schließlich können sich auch nur 28% eine gesetzliche Bevorzugung solcher Unternehmen vorstellen, 60% sprechen sich dagegen aus.

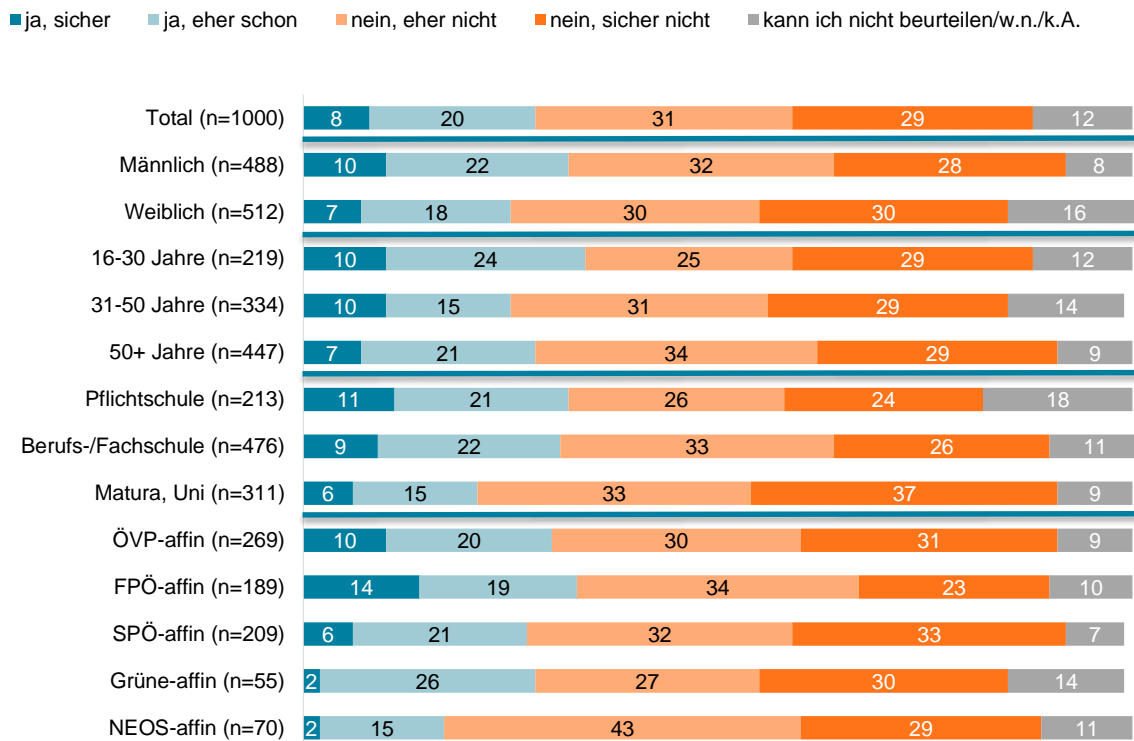


%-Werte, Basis: Total, n=1000

5.3. Wie soll der Staat wichtigen Unternehmen in Österreich helfen, Arbeitsplätze im Land zu halten: Soll der Staat einige für Österreich wichtige Unternehmen gesetzlich bevorzugen?

GESETZLICHE BEVORZUGUNG WICHTIGER UNTERNEHMEN?

- Männer können sich eine Bevorzugung eher vorstellen als weibliche Befragte.
- Bei jüngeren Respondenten bis 30 Jahre ist die Zustimmung etwas höher als bei älteren Befragten.
- Höher Gebildete lehnen dies stärker ab als niedriger Gebildete.
- Nach Partei-Affinität erscheint dies FPÖ-Anhängern am ehesten vorstellbar, NEOS-Affine lehnen am stärksten ab.



%-Werte, Basis: Total, n=1000

5.3. Wie soll der Staat wichtigen Unternehmen in Österreich helfen, Arbeitsplätze im Land zu halten: Soll der Staat einige für Österreich wichtige Unternehmen gesetzlich bevorzugen?

- Die Erfahrungen der Österreicher mit staatlichem Einfluss auf Unternehmen sind offenbar dergestalt, dass sich bei diesem Thema eine klare Ablehnung herauskristallisiert. Je älter die Befragten (und damit auch die Erfahrungen in österreichischer Wirtschaftspolitik), desto stärker ist die Befürwortung von privaten Unternehmen gegenüber jenen mit staatlichem Einfluss.
- Eine Postenbesetzung durch den Staat in erfolgreichen österreichischen Industrieunternehmen ist nur für sehr wenige vorstellbar, eine klare Absage erteilt man auch der Führung solcher Unternehmen durch den Staat.
- Eine gesetzliche Bevorzugung solcher Unternehmen bzw. das zur Verfügung stellen von Kapital durch den Staat im Abtausch gegen Einfluss und Posten finden kaum Befürworter.
- Man kann sich jedoch durchaus vorstellen, erfolgreiche österreichische Unternehmen durch eine staatliche Garantie günstiger Kredite zu unterstützen.
- Diese doch leicht pragmatische Einstellung der ÖsterreicherInnen spiegelt sich auch in der Tatsache, dass mit 47% eine (relative) Mehrheit für eine Beteiligung des Staates in Form der ÖBAG an solchen Unternehmen existiert, immerhin 31% sprechen sich dagegen aus. Es zeigt sich also: Beteiligen wird nicht zwingend als bestimmender Einfluss interpretiert, jedoch als Teilhabe des Staates von manchen Bevölkerungsgruppen durchaus akzeptiert.



INTELLIGENT INSIGHTS

Das Österreichische Gallup Institut
Dr. Karmasin GmbH
Lobkowitzplatz 1 • A-1010 Wien

T +43-1-470 47 24-0
F +43-1-470 47 24-49
office@gallup.at
www.gallup.at

Handelsgericht Wien
FN 127162d
UID ATU 16058209
DVR 0098205

Bankverbidung:
Erste Bank Wien
IBAN AT622011 1820 3523 8300
BIC GIBAAWWXXX